

Ehlert, F. O.

**Article — Digitized Version**

## Politik und Wirtschaft in Argentinien seit dem Sturz Perons

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Ehlert, F. O. (1956) : Politik und Wirtschaft in Argentinien seit dem Sturz Perons, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 8, pp. 458-461

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132330>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

Dieses neue Verfahren wird unter anderem auch auf einigen Teilstücken im Wadi-Natroun ausprobiert. Leider ist es noch zu früh, um schon endgültige Zahlen über die Kosten dieser neuen Wüstenkultivierung sowie der dadurch ermöglichten modernen Bewirtschaftung angeben zu können. Sie werden aber beträchtlich unter den bisherigen liegen.

\*

So ist es Ägypten bereits gelungen, die Kultivierung von Neuland in bisher nicht gekannter Intensität voranzutreiben. Entscheidend dabei ist, daß die Kosten sich in tragbaren Grenzen halten. Dadurch sollte eine Verzinsung der Investitionen in der Regel aus den Reinerträgen möglich sein. In der Provinz Tahrir z. B. rechnet man damit, daß der Reinertrag nach einer Kultivierung von 100 000 ha ausreichen wird, um damit weitere 100 000 ha zu erschließen. Das bedeutet eine volle Selbstfinanzierung ohne staatliche Zu-

schüsse, ja selbst ohne Inanspruchnahme staatlicher Darlehen. Wenn das erwähnte neue Wüstenberegnungs-Verfahren (anstelle der bisher gebräuchlichen Bewässerungs-Methoden) sich bewährt, so dürften sich die Reinertragsverhältnisse dadurch noch weiter erheblich verbessern. Nach den oben beschriebenen Plänen werden 1977 voraussichtlich folgende landwirtschaftliche Nutzflächen zur Verfügung stehen (in Mill. ha):

Gegenwärtige Nutzfläche (1955) .....	2,50
Zuwachs laut obiger Übersicht .....	1,35
Indirekter Zuwachs durch höhere Hektarerträge .....	0,25
Insgesamt .....	4,10

Manchem mag dieses Ergebnis angesichts des erforderlichen ungeheuren Aufwands als mager erscheinen; für den Kenner ist es aber außerordentlich günstig, denn die neue Regierung hatte ein böses Erbe angetreten, insofern als die Ernährung der rasch wachsenden Bevölkerung sich zu einem Problem erster Ordnung entwickelt hatte.

## Politik und Wirtschaft in Argentinien seit dem Sturz Perons

F. O. Ehlert, Buenos Aires

Fast ein Jahr ist seit dem Sturz Perons vergangen. Die Hoffnungen der argentinischen Wirtschaft auf eine rasche innenpolitische Befriedung und die Schaffung stabiler Verhältnisse auf einer demokratischen Basis haben sich bislang nur zum Teil erfüllt. Ruhe und Ordnung, die wichtigsten Voraussetzungen für eine normale wirtschaftliche Entwicklung, wurden von Zeit zu Zeit immer wieder durch Aufstandsversuche und andere Krisenerscheinungen gestört.

Der letzte peronistische Putsch vom 9. Juni mit der vorangegangenen Ministerialreform wirft ein bezeichnendes Licht auf die Schwierigkeiten, mit denen die zweite Revolutionsregierung unter General Aramburu auf innenpolitischem Gebiet zu kämpfen hat. Unter dem Einfluß der Marine und des jungen Offizierskorps hat die Regierung der „Entperonisierung“ vielleicht etwas zu viel Bedeutung beigemessen und dabei den Revanchegedanken zu sehr in den Vordergrund gestellt. Neutrale Beobachter sind der Auffassung, daß die Parole der ersten Revolutionsregierung unter Lonardi: „Weder Sieger noch Besiegte“ dem Lande wahrscheinlich dienlicher gewesen wäre. So steht die Masse der ehemaligen Peronisten — vor allem die Arbeiterschaft — bisher der neuen Regierung noch immer gleich ablehnend und unversöhnlich gegenüber wie am Tage der Revolution. Die „Säuberungsaktionen“ sind häufig weit über ihr Ziel hinausgeschossen und haben die Verwaltung vieler Fachleute beraubt, an denen sie ohnehin keinen Überfluß hatte. Die Zahl der Regierungsgegner wurde dadurch nur unnötig erhöht. Der Sturz Lonardis hat auch die Nationalisten und den größten Teil der Katholiken, die maßgeblich an der Septemberrevolution beteiligt waren, in die Opposition getrieben. Die Kräfte, auf die sich die heutige provisorische Regierung stützt —

Militär und die Anhänger der alten demokratischen Parteien — dürften also bis heute praktisch noch eine Minderheit im Lande darstellen.

Das Tragische an dieser Entwicklung ist jedoch, daß innerhalb dieser Kräfte selbst keine einheitlichen Auffassungen über die zukünftige Politik und die Demokratisierung des Landes bestehen. Bei den alten Parteien hat sich die traditionelle Kluft zwischen Liberalen und Konservativen (bzw. Katholiken) wieder aufgetan, während die Wehrmachtsteile durch doktrinaire Divergenzen und persönliche Rivalitäten gespalten sind. Im Heer, das früher in schwierigen politischen Lagen stets den Ausschlag gab, bestehen heute mehrere Strömungen. Außerdem herrscht hier starke Unzufriedenheit über die Vormachtstellung, die die Marine unter Führung des energischen Vizepräsidenten Konteradmiral Isaac Rojas seit ihrem entscheidenden Eingreifen in die Revolution heute auch auf politischem Gebiet einnimmt.

Hier liegen also Konfliktstoffe verborgen, die der Existenz der heutigen Regierung trotz ihres energischen Durchgreifens bei der Niederschlagung des jüngsten peronistischen Putsches auch in Zukunft gefährlich werden können. Nur so erklärt es sich, daß die provisorische Regierung trotz allen guten Willens bislang weder auf politischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet einen sehr einheitlichen Kurs einschlagen konnte und daß die erste Bilanz ihrer Aktivität noch nicht allzuviel Positives aufweist.

Die Situation, die die Revolutionsregierung als Folge der peronistischen Lenkungs politik vorfand, war allerdings ganz besonders schwierig. Ihre hervorstechendsten Merkmale waren: die ungeheure Staatsschuld, die im Inland 70 Mrd. Pesos und gegenüber dem Ausland 757 Mill. \$ erreichte, der katastrophale Rück-

gang der Gold- und Devisenreserven, das Absinken der Exportkapazität des Landes durch die jahrelange Vernachlässigung der Landwirtschaft und die starke Bevölkerungszunahme, das riesige Defizit auf dem Verkehrssektor, der Engpaß in der Energieversorgung und eine fortschreitende Entkapitalisierung als Folge der Inflation.

Der Geldumlauf pro Kopf der Bevölkerung stieg während der peronistischen Zeit um rd. 500 %, während die Produktion pro Kopf sich in der gleichen Periode nach den Berechnungen des Prebisch-Berichtes nur um rund 3,5% erhöhte. Die Landwirtschaft, das Verkehrswesen und die Energieversorgung haben in ihrer Entwicklung mit dem künstlich forcierten Aufschwung der Industrie nicht Schritt gehalten.

#### NEUE WIRTSCHAFTSPOLITIK

Argentinien macht daher zur Zeit eine der schwersten Wachstumskrisen seiner Geschichte durch. Die Diagnose des bekannten südamerikanischen Wirtschaftssachverständigen Professor Dr. Raúl Prebisch, des Direktors der Wirtschafts- und Sozialkommission der UNO (CEPAL), den die erste Revolutionsregierung mit der Ausarbeitung eines Wirtschaftsberichtes beauftragt hatte, läßt die vorerwähnten Krankheiten der argentinischen Wirtschaft eindeutig erkennen. Seine beiden Berichte „Plan zur Wiederherstellung der Wirtschaft“ und „Gesunde Währung“ enthalten aber auch die Empfehlungen des „behandelnden Arztes“, die trotz aller Kritiken mit einigen Einschränkungen und Abwandlungen und trotz der inzwischen erfolgten Umbesetzungen in den Fachministerien auch heute noch die Grundlage der argentinischen Wirtschaftspolitik bilden: Stabilisierung der Währung nach der inzwischen erfolgten Abwertung und Abschaffung der gekünstelten multiplen Wechselkurse, Bekämpfung der Inflation und Gesundung der Staatsfinanzen. An zweiter Stelle muß wohl die angestrebte Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion im Hinblick auf die Erhöhung der Exportüberschüsse und die Verbesserung der Zahlungsbilanz genannt werden. Einschränkungen, Arbeit und Opfer sind andere Forderungen, die ein weniger positives Echo im Lande gefunden haben. Lohnerhöhungen sollen nur zugelassen werden, wenn sie durch Produktionssteigerungen aufgewogen oder aus den Unternehmergewinnen ohne Rückwirkungen auf die Preisbildung aufgefangen werden können. Schrittweise Liberalisierung des Handels, Rückkehr zum multilateralen Warenaustausch und Vorbereitung der Konvertibilität der Währungen waren andere Empfehlungen des Plans. Die Forderung nach Auslandskrediten und einer Mitarbeit des Auslands bei einer normalen Fortführung der Industriali-

sierung, der Normalisierung des Verkehrswesens und der Steigerung der Energieerzeugung wird zu wiederholten Malen in diesen Berichten erhoben. Die Rückkehr zu einer normal funktionierenden Marktwirtschaft, bei der der Staat sich wie in den großen liberalisierten europäischen Ländern als Lenkungsorgan nur der klassischen Mittel der Steuerpolitik, der Geldpolitik in ihrer doppelten Funktion als Devisen- und Kreditpolitik, der Zölle und der Investitionen bedient, müsse das Endziel der argentinischen Wirtschaftspolitik sein.

Was ist nun in den vergangenen Monaten von diesen Empfehlungen, die sowohl von der ersten als auch von der zweiten Revolutionsregierung als Grundlage der argentinischen Wirtschaftspolitik anerkannt und proklamiert wurden, in der Praxis verwirklicht worden?

Bei der Beantwortung dieser Frage muß vorausgeschickt werden, daß sich infolge der eingangs erwähnten innenpolitischen Spannungen und der verschiedenen „Säuberungsaktionen“ in der Verwaltung erwartungsgemäß auch für die Durchführung des Wirtschaftsprogramms große Schwierigkeiten ergaben. Die effektive Arbeit hat bislang im allgemeinen nur verhältnismäßig geringe Fortschritte erzielt, zumal auch der Prebisch-Bericht innerhalb der hinter der Regierung stehenden Kräfte aus doktrinären oder wahltaktischen Gründen scharfer Kritik unterzogen wurde. Seine praktische Durchführung ist daher inzwischen in vielen Punkten stark verwässert worden.

#### AUSSENHANDELSPROBLEME

Der erste wirklich beachtliche Erfolg der neuen Politik muß zweifellos in dem im Juni abgeschlossenen Pariser Abkommen mit zehn europäischen Ländern (vorläufig noch ohne die Bundesrepublik) über die Einführung des multilateralen Handels- und Zahlungsverkehrs und die Konsolidierung der argentinischen Handelsschulden (etwa 350 Mill. \$) gesehen werden. Die Ausführungsbestimmungen für die Umstellung des Handels, die am 2. Juli grundsätzlich in Kraft traten, sind inzwischen erlassen worden. Dieses Abkommen ist bei der augenblicklichen Lage der argentinischen Wirtschaft in doppelter Hinsicht von größter Bedeutung: Bei dem inzwischen weiter verschärften Devisenmangel und dem riesigen Einfuhrbedarf des Landes stellt die Schuldenkonsolidierung gegenüber diesen zehn Ländern eine erste und wesentliche Entspannung der Zahlungsbilanz-Situation dar, und sie wird durch die Konzession der betreffenden Länder über die Bezahlung ihrer Exportwaren, die nicht mehr wie bisher gegen Akkreditiv bei Verschiffung, sondern erst nach ihrer Abfertigung in Buenos Aires, spätestens

## COMMERZ- UND DISCONTO-BANK

AKTIENGESELLSCHAFT

Hauptverwaltung Hamburg 11 · Ness 7/9 · 54 Geschäftsstellen in Norddeutschland

EIGENE VERTRETUNGEN IN AMSTERDAM, MADRID UND RIO DE JANEIRO

Beratung in allen Geld- und Vermögensangelegenheiten

aber 90 Tage nach der Verschiffung erfolgen soll, eine weitere Entspannung erfahren. Die Finanzmission, die inzwischen nach Europa abgereist ist, um mit jedem der zehn Länder über die Einzelheiten des Handels- und Zahlungsverkehrs zu verhandeln, hat den Auftrag erhalten, sich noch um weitere Überbrückungskredite zu bemühen. Auch die Möglichkeit, daß Argentinien in Zukunft seine europäischen Käufe in dem Lande des „Pools“ bewerkstelligen kann, das ihm die günstigsten Preise und Zahlungsbedingungen bietet, ohne an bilaterale Abmachungen gebunden zu sein, ist sowohl für die Zahlungsbilanz als auch für die interne Preisbildung von Bedeutung.

Die im Prebisch-Plan vorgesehene Förderung der Landwirtschaft, die durch höhere Preise wieder in ihrer Produktionskraft gestärkt werden soll, hat begreiflicherweise in Kreisen der Erzeuger ein freudiges Echo gefunden. Die ersten praktischen Maßnahmen haben sich jedoch bei der letzten Ernte noch nicht voll auswirken können und daher nur auf einigen wenigen Gebieten zu Erzeugungsteigerungen und damit zur Erhöhung der Exportüberschüsse (z. B. für Mais und Sonnenblumen) führen können. Mit weiteren wesentlichen Steigerungen dürfte daher erst bei der nächsten Ernte zu rechnen sein, wenn diese unter normalen Witterungsverhältnissen eingebracht werden kann.

#### DOLLARKREDITE

Nach der Vergeudung der großen Devisenreserven während der peronistischen Zeit sind, wie Prebisch zu wiederholten Malen betonte, die Auslandskredite für die Normalisierung der Zahlungsbilanz und die Durchführung der Investitionspläne von entscheidender Bedeutung. Ein Scheitern dieser Pläne würde zwangsläufig eine wesentliche Reduzierung des heutigen Lebensstandards der argentinischen Bevölkerung zur Folge haben. Der größte potentielle Kreditgeber kann bei der heutigen Lage der Weltwirtschaft nur die USA sein. Der Vorbereitung solcher Kredite sollen offenbar auch der inzwischen erfolgte Beitritt Argentiniens zum Weltwährungsfonds sowie die von Buenos Aires angestrebte Annäherung an Washington dienen. Eine zweite Finanzmission befindet sich daher seit Ende Juni in Washington, um mit den amtlichen und privaten Finanzkreisen entsprechende Kreditverhandlungen zu führen.

Der gesamte Kreditbedarf des Landes wurde ursprünglich auf einen Mindestbetrag von 1,2 Mrd. \$ geschätzt. Inzwischen wird jedoch bereits ein Betrag von 2 Mrd. \$ genannt. Der Sofortbedarf an nordamerikanischen Krediten wird auf 300—400 Mill. \$ beziffert. Nachdem sich das nordamerikanische Privatkapital unter dem Einfluß der bisherigen innenpolitischen Entwicklung in Argentinien und der psychologischen Rückwirkungen der argentinischen Vermögenssperre, von der auch vier nordamerikanische Firmen betroffen sind, noch sehr zurückhaltend und abwartend gezeigt hat, wird bezweifelt, daß diese Kreditverhandlungen bereits in kurzer Zeit zu dem gewünschten Erfolg führen können. Auch die einen Tag vor der Abreise der Finanzmission erfolgte Aufhebung der Vermögenssperre für die erste dieser vier nordamerikanischen Firmen — „Industrias Kaiser Argentina“ —

wird in internationalen Kreisen noch nicht als ausreichend für eine wesentliche Besserung des „Investitionsklimas“ angesehen.

#### STAATSFINANZEN

Voraussetzung für eine gesunde Währung sind gesunde, ausgeglichene Staatsfinanzen. In dieser Erkenntnis hatte der Prebisch-Bericht die Beseitigung des in früheren Jahren chronischen Defizits des Staatshaushaltes und ein straffes Sparprogramm empfohlen. Alle freiwerdenden Beamtenstellen — man schätzt sie auf 25 000 — sollen nicht wieder besetzt werden. Für die an sich überzähligen 150 000 Staatsbeamten hatte allerdings auch Prebisch schon in seinem Bericht „wegen der sozialen Rückwirkungen einer eventuellen Entlassung“ keine radikale Lösung zu empfehlen gewagt und daher ihre vorläufige Weiterbeschäftigung angeraten.

Der erste Haushaltsvoranschlag für 1956, der Ende 1955 aufgestellt wurde, hatte tatsächlich mit einer Summe von 23,3 Mrd. Pesos eine Ersparnis von rund einer Milliarde gegenüber dem Budget des Jahres 1955 gebracht, was allgemein mit Beifall aufgenommen wurde. Der Ende Juni veröffentlichte berichtigte Voranschlag sieht jedoch wesentlich anders aus. Von einer Verringerung ist keine Rede mehr. Die vorgesehenen Gesamtausgaben von 26,1 Mrd. Pesos liegen um 1,8 Mrd. über den Ausgaben des letzten Jahres und um 2,8 Mrd. über dem ersten Voranschlag. Die Einsparungen an nicht besetzten Freistellen werden durch die inzwischen erfolgte Gehaltserhöhung der Beamten und andere „nicht vorgesehene Ausgaben“ mehr als wettgemacht. Die aufsteigende Linie der peronistischen Ära geht also auch auf diesem Gebiet weiter. Auch das Defizit hält an und erreicht mit 8,3 Mrd. Pesos sogar Rekordhöhe für die letzten Jahre. Wenn der Finanzminister auch dieser Tage erklärte, daß seine Deckung auf einem „nicht die Inflation fördernden“ Wege erfolgen solle (nämlich durch Anleihen bei den staatlichen Pensionskassen und Banken über 7,0 Mrd. beziehungsweise 1,3 Mrd. Pesos), so kann sich ein unausgeglichener Staatshaushalt natürlich immer in eine direkte Inflationsgefahr verwandeln. So dürfte z. B. für die Finanzierung des sozialen Wohnungsbau-Programms, das noch nicht in Angriff genommen worden ist, kaum ein anderer Weg verbleiben als der über die Notenpresse.

#### INFLATIONSBEKÄMPFUNG

Die Abwertung des argentinischen Pesos, die Abschaffung des Systems multipler Wechselkurse, die Einführung eines freien Devisenmarktes für den Zahlungsverkehr und einen vorläufig noch kleinen Sektor des Außenhandels sowie die Neuregelung des Außenhandels haben sich, soweit sich bis heute übersehen läßt, ebenfalls bis zu einem gewissen Grade bewährt. Es ist der Regierung gelungen, durch die Schaffung des Nationalen Wiederaufbau-Fonds und die Subventionierung wichtiger Lebensmittel einerseits und die Einführung einer scharfen, allerdings stark umstrittenen Preiskontrolle andererseits die normalen Rückschläge der Abwertung auf das inländische Preisgefüge in verhältnismäßig engen Gren-

zen zu halten. Auch hat sich die Reorganisation des Außenhandels mit den Einfuhren über die sogenannten „automatischen Devisengenehmigungen“ für eine Reihe von Waren und den Transaktionen eines Teils der Ein- und Ausfuhren über den freien Devisenmarkt, wie sich jetzt erkennen läßt, positiv für das Wiedererstehen eines normalen Marktes ausgewirkt. Auch ist der Geldumlauf bis Ende Juni, wie der neue Finanzminister Dr. Blanco zu diesem Zeitpunkt erklärte, nicht über das normale, im Prebisch-Plan als Folge der Abwertung vorgesehene Maß hinaus angestiegen. Die bereits im Februar zugestandene Lohn- und Gehaltserhöhung um rund 10 % konnte durch die Preisstop-Vorschriften auf vielen Gebieten als Teuerungsfaktor ausgeschaltet werden. Die von Prebisch als notwendig bezeichnete gleichzeitige Steigerung der Produktivität ist jedoch, wie wir durch eine Rundfrage in den wichtigsten Wirtschaftszweigen feststellen konnten, bislang nicht erreicht worden. Die Gewerkschaften haben sich dagegen mit der zehnprozentigen Lohnerhöhung nicht zufriedengegeben und haben inzwischen neue Forderungen angemeldet, die weitere Erhöhungen um 20—60 % vorsehen. Nachdem sich die Regierung bislang in allen

Fragen von geringerer Bedeutung der Arbeiterschaft gegenüber meistens nachgiebig verhalten und auch sonst infolge ihrer nicht sehr starken Position unpopuläre Maßnahmen weitgehend vermieden hat, wird es jetzt interessant sein zu beobachten, ob sie sich in Zukunft in dieser Hinsicht unnachgiebig verhalten oder eine weitere Verwässerung der Prebischschen Grundsätze zulassen wird. Der latente Inflationsdruck ist jedenfalls nach Ansicht neutraler Beobachter noch nicht beseitigt.

Die nächsten Monate werden also in Argentinien sicherlich weiterhin im Zeichen großer wirtschaftlicher Schwierigkeiten stehen. Es wird jetzt alles darauf ankommen, wie weit die Regierung in ihrem Programm der Inflationsbekämpfung Erfolg haben wird und ob sie sich dabei gegenüber der von Peron verwöhnten Arbeiterschaft auch in der Lohnfrage durchsetzen kann. Für die Entspannung der Zahlungsbilanz wird dagegen der Ausgang der Kreditverhandlungen in Europa und den USA von entscheidender Bedeutung sein. Auf lange Sicht wird der argentinischen Wirtschaft jedoch von allen neutralen Beobachtern wegen ihrer vielen noch nicht erschlossenen Möglichkeiten eine große Zukunft vorausgesagt.

*Dr. G. Glas, Ton - 1955*

## Die Nachkriegsentwicklung der mitteldeutschen Glas- und keramischen Industrie

Von einem Korrespondenten

Jenaer Glas, der Christbaumschmuck aus dem Thüringer Wald und die kunstvollen Erzeugnisse der Meißener Porzellan-Manufaktur sind im Westen auch heute noch wohlbekannte Begriffe. Diese Wertschätzung der Glas- und keramischen Waren aus Thüringen, Sachsen und Brandenburg hat ihre Ursache in dem immer noch hohen Leistungsvermögen dieser Industrien, die einst Weltgeltung besaßen. Und übrigens wird auch die Erinnerung an diese Waren im Westen wachgehalten durch die Flüchtlinge, die ihre Betriebe in der Bundesrepublik neu aufbauten.

Vor dem Kriege stand die deutsche Glas-, Ton- und Porzellanwarenproduktion in der Welt an zweiter Stelle. 1938 lieferte Deutschland etwa 18 % der Weltausfuhr an Ton- und Porzellanerzeugnissen; bei den Glaswaren waren es sogar fast 30 %. Ein beträchtlicher Teil dieser Exporte kam aus Mitteldeutschland. 70 % aller deutschen Hohlglasbetriebe hatten ihren Standort 1939 in Thüringen und in der Lausitz, während Flachglas allerdings zu 80 % im Westen Deutschlands hergestellt wurde. Auch in der Porzellanindustrie war der Produktions- und Exportanteil Mitteldeutschlands bedeutend; 27 % der in dieser Industrie Beschäftigten arbeiteten im Gebiet der heutigen DDR, vor allem in Thüringen. Bei den ebenfalls exportorientierten Kachelfabriken belief sich der Anteil Sachsens (Meißen), Thüringens und Mecklenburgs (Boizenburg) sogar auf 41 % der gesamtdeutschen Ziffer. Diese wichtigen Industriezweige Mitteldeutschlands haben schwere Jahre hinter sich.

### KRIEGSEINWIRKUNGEN UND DEMONTAGEN

Während des Krieges wurden nicht wenige Mittelbetriebe auf Rüstungsaufgaben umgestellt und in die elektrotechnischen und feinmechanisch-optischen Fertigungsprogramme eingeschaltet; meist arbeiten sie noch heute auf den neuen Gebieten. Sie gingen damit der Glas- und keramischen Industrie verloren.

Anderen Betrieben wurden die für die Rüstungsindustrie geeigneten Maschinen und die Facharbeiter entzogen; auch wurden die Rohstoff- und Kohlenkontingente immer rücksichtsloser gedrosselt, so daß z. B. die Produktion der Niederlausitzer Hohlglaswerke noch vor dem Einmarsch der Russen völlig zum Erliegen kam.

Die Kriegsschäden infolge Kampfhandlungen und Luftbombardements hielten sich in erträglichen Grenzen. In Thüringen beliefen sich die Schäden auf kaum 15 % der Anlagewerte. Gewiß wurden einzelne Betriebe, wie das Werk Senftenberg der Pfänner Glashütte, stark in Mitleidenschaft gezogen. In der Meißener Porzellan-Manufaktur hingegen waren die Schäden gering und bereits 1947 zu 80 % beseitigt. Für die Industrie erwies sich ihre Standortverteilung auf kleine Städte und Landgemeinden als vorteilhaft. Beträchtlicher waren die Demontageverluste. So wurden die Einrichtungen der Jenaer Glaswerke Schott und Gen. zu 100 % demontiert. Jena blieb nicht das einzige Opfer. Mitte 1946 besaß kein Werk der Ostzone mehr maschinelle Anlagen zur Herstellung von Gußglas. Die Meißener Porzellan-Manufaktur